F.A.Z., Mittwoch den 30.07.2014

RHEIN-MAIN · HESSEN, S. 35

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt

Windräder als finanzieller Segen für Heidenrod

Der Aufbau des größten Windparks der Region schreitet voran. Rückschläge gibt es nur durch die Bundespolitik. Von Oliver Bock

HEIDENROD. Der Wald ist gerodet, die Zufahrtswege sind geschottert, und in dieser Woche beginnen die Arbeiter des Baudienstleisters Max Bögl mit dem Betonieren des ersten Fundaments. Die vorbereitenden Arbeiten am Windpark Heidenrod sind schon seit Ende Februar in Gang, und Geschäftsführer Udo Zindel ist zuversichtlich, dass das ehrgeizige Ziel eingehalten werden kann: Bis zum Jahresende sollen alle zwölf Rotoren ans Netz gehen. Es ist der mit Abstand größte Windpark in der Region Rheingau-Taunus. Die Windenergiepark Heidenrod GmbH hat insgesamt zwölf Rotoren des Typs GE 2.5-120 bestellt. Es ist nach Angaben von Süwag-Geschäftsführer Dirk Gerber für die gewählten Schwachwind-Standorte östlich der Bäderstraße, der Bundesstraße B 260, und für eine Laufzeit von 25 Jahren das ökonomisch am besten geeignete Modell. Mit einer Nabenhöhe von 140 Metern und einem Rotordurchmesser von 120 Metern werden die zwölf Windkraftanlagen jeweils eine Gesamthöhe von 200 Metern erreichen.

Die Nennleistung des gesamten Windparks geben Zindel und Gerber mit 30 Megawatt an. Der Windstrom wird unterirdisch über eine Länge von acht Kilometern zur Einspeisestation Eisighofen transportiert, wo Anschluss an eine 110-Kilovolt-Überlandleitung besteht. Erwartet wird ein jährlicher Stromertrag von 90 Millionen Kilowattstunden. Rein rechnerisch könne der Park Strom für rund 28 000 Haushalte liefern, das Neunfache von Heidenrod. Über die erwartete Laufzeit von 25 Jahren rechnet Bürgermeister Volker Diefenbach (SPD) mit einer Dividende aus Pacht, Gewerbesteuer und Betriebsgewinnen in Höhe von 800 000 Euro jährlich,

das wären rund fünf Prozent des aktuellen Heidenroder Haushaltsvolumens.

Vernehmbare Proteste gegen das Projekt gab und gibt es in der Gemeinde kaum. Bei einem Bürgerentscheid im Januar 2012 hatten 88,2 Prozent der Wähler für den Windpark westlich von Laufenselden gestimmt. Seither gilt Heidenrod vor allem unter den Befürwortern der Nutzung der Windenergie als vorbildlich. Bürgermeister Diefenbach, von Haus aus Förster, steht dazu, acht Hektar Wald für das Vorhaben geopfert zu haben. Mit 4600 Hektar Forst gilt die strukturschwache, aus 19 Ortsteilen zusammengesetzte Gemeinde als die waldreichste in Hessen.

Für Diefenbach war der Bürgerentscheid wesentlich, um das Vorhaben in der Gemeinde tatsächlich verwirklichen zu können. So sollten seiner Ansicht nach auch andere Kommunen vorgehen. Zudem hält es Diefenbach für richtig und wichtig, dass eine Kommune nicht nur ihre Flächen an einen Investor verpachtet und Gewerbesteuer einstreicht, sondern selbst Mitbetreiberin des Windparks wird. „Wir sind massiv unternehmerisch und riskant unterwegs“, gibt Diefenbach angesichts einer Investitionssumme von 56 Millionen Euro und von mehr als fünf Millionen Euro Eigenkapital, die Heidenrod in die Windenergieparkgesellschaft gesteckt hat, unumwunden zu. 51-Prozent-Partner wurde nach einer weltweiten Ausschreibung der regionale Energieversorger Süwag.

Auch für den Energieversorger rechne sich das Engagement, sagt Süwag-Geschäftsführer Gerber, und das, obwohl die jüngste Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf Vorschlag von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) dem Heidenroder Windpark über die gesamte Laufzeit Mindereinnahmen von rund elf Millionen Euro bescheren wird. „Einen Schlag ins Kontor der Wirtschaftlichkeit“ nennt Gerber diese Folgen der Berliner Politik und die Tatsache, dass laufende Projekte keinen Vertrauensschutz genießen, wenn sie schon im vergangenen Jahr begonnen wurden. Ob das auch juristisch haltbar ist, das werden die Süwag und Heidenrod vielleicht auch noch von Gerichten prüfen lassen. Zunächst allerdings sollen die Rotoren ans Netz gehen. Auch für die Süwag sei das ein lohnendes Projekt, sagt Gerber, ohne ins Detail zu gehen. Beide Partner wollen zudem im nächsten Jahr ihre Anteile an der Windparkgesellschaft auf jeweils 45 Prozent reduzieren und zehn Prozent den Bürgern zur Beteiligung anbieten. Während der Windpark bei der Bevölkerung auch wegen dieser Aussichten auf wenig Widerstand stieß, ärgert sich

Bürgermeister Diefenbach vor allem über die Zähigkeit im Umgang mit den Behörden und Fachämtern.

Aktuell sind sogar erst zehn der zwölf Windräder genehmigt, weil noch immer eine Stellungnahme aus dem benachbarten Rheinland-Pfalz fehlt, ob der Abstand von zwei Rotoren zu den Resten eines ehemaligen Römerkastells ausreichend ist. Dennoch rollen täglich die Lastwagen, denn der Aufbau des Windparks ist eine logistische Herausforderung. Für jedes einzelne Fundament müssen von 80 bis 100 Lastwagen insgesamt 1500 Tonnen Beton und 100 Tonnen Stahl herbeigeschafft werden. Zindel schätzt, dass allein 1000 Lastwagenladungen mit Schotter notwendig waren, um die Wege so weit zu befestigen, dass der Transport der fast 90 Tonnen schweren Maschinenhäuser und der 23 Tonnen schweren Getriebe eine sichere Angelegenheit wird. Zehn Millionen Euro wurden für die Vorbereitung der Aufstellung der Windräder schon ausgegeben. Die Rodung der Aufstellflächen und der Zuwege war für eine im Waldbau erfahrene Gemeinde eine Sache von nur einer Woche. Nach Angaben von Zindel wurden je nach der Lage des Standorts zwischen 2500 und 7000 Quadratmeter Wald je Windrad gerodet. Dauerhaft müssten je Rotor rund 2500 Quadratmeter frei von Bäumen bleiben.

Die Gemeinde hätte nur zu gerne für jeden der gefällten Bäume einen neuen gepflanzt, aber dieser Aufforstungswunsch wurde – sehr zum Ärger von Diefenbach – vom Land verweigert. Einen Teil der Kompensationsverpflichtung musste die Gemeinde zwangsweise mit Geld ablösen, was Diefenbach „einen sehr enttäuschenden Vorgang“ nennt. Ende Oktober soll sich mit „WEA Nummer acht“ das erste Windrad drehen, Ende Dezember dann alle zwölf. Sie werden dank eigens verlegter Glasfaserleitungen vom Hersteller online und in Echtzeit kontrolliert und gesteuert. Ein „gutes Beispiel für die Energiewende“ nannte der Vorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion, Mathias Wagner, bei einem Besuch kürzlich das Vorhaben und lobte es als „dezentral, kommunal und unter Beteiligung der Bürger“. So könnten „aus grünen Ideen schwarze Zahlen“ werden. Im ersten Jahr rechnet Heidenrod schon mit mehr als 400 000 Euro.